

A. Gesetzesinfos

1. Registermodernisierungsgesetz

Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat dem umstrittenen Registermodernisierungsgesetz zugestimmt. Damit die Daten aus verschiedenen Registern im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens der richtigen Person zugeordnet werden können, wird zukünftig auf ein einheitliches Identifizierungsmerkmal zurückgegriffen: die Steuer-Identifikationsnummer (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/242/1924226.pdf>) – wir werden alle gläserner!

2. IT-Sicherheitsgesetz 2.0 verabschiedet

Das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 wurde verabschiedet (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw16-de-sicherheit-informationstechnischer-systeme-834878>).

B. DSGVO

1. Internationale Datentransfers in Drittstaaten –Rechtmäßigkeit unter Berücksichtigung der Einzelfälle

Die BITKOM hat ein Positionspapier zum internationalen Datentransfers in Drittstaaten veröffentlicht (https://www.bitkom.org/sites/default/files/2021-02/20210218_konzeptpapier-drittstaatentransfers-nach-schrems-ii.pdf).

2. Angemessenheitsbeschluss United Kingdom

Auf der 48. Sitzung der EDSA wurde ein Angemessenheitsbeschluss dahingehend getroffen, dass das Datenschutzniveau im Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit dem der DSGVO entspricht (https://edpb.europa.eu/news/news/2021/european-data-protection-board-48th-plenary-session_de).

3. Erste Untersagung eines amerikanischen Dienstleisters nach Wegfall des Privacy Shields

Das BayLDA hat eine erste Untersagung eines amerikanischen Dienstleisters (hier: Mailchimp – Marketingdienstleistungen) veranlasst. Aufgrund des EuGH-Urteils Schrems II vom Sommer 2020 attestierte das BayLDA keine ausreichende Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Daten in die USA, die nur durch weitere Maßnahmen hätten gewährleistet werden können (https://edpb.europa.eu/news/national-news/2021/bavarian-dpa-baylda-calls-german-company-cease-use-mailchimp-tool_de). Die Entscheidung ist ein deutlicher Fingerzeig für ein mögliches weiteres Vorgehen von Datenschutz-Aufsichtsbehörden bei Verwendung amerikanischer Dienstleistungen und Software.

4. Tätigkeitsbericht ULD

Die Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein (ULD – Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein) hat den Tätigkeitsbericht 2021 veröffentlicht (<https://www.datenschutzzentrum.de/tb/tb39/uld-39-taetigkeitsbericht-2021.pdf>). Auf Seite 51 wird Bezug auf eine umfassende Krankenhaus-Prüfung genommen. Auch positioniert sich das ULD nun dahingehend, dass die Kopie einer Akteneinsicht kostenfrei zu gewähren ist.

5. Vereinbarung niedrigerer Technisch-Organisatorischer Maßnahmen möglich

Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte erachtet die Abdingbarkeit Technisch-Organisatorischer Maßnahmen (Art. 32 DSGVO) als möglich (https://datenschutz-hamburg.de/assets/pdf/Vermerk-Abdingbarkeit_TOMs.pdf).

6. Datenschutzfolgenabschätzung (DSFA)

Das Working Paper 248 der Art.-29-Gruppe von 2017 (https://www.datenschutzstelle.li/application/files/7915/3623/3270/wp248_rev.01_de.pdf) beschreibt die Durchführung einer DSFA. Die Landesbeauftragte für Datenschutz in Niedersachsen hat hierzu ein Prüfschema erstellt (<https://lfd.niedersachsen.de/download/165235>), ebenso die Datenschutzstelle des Fürstentums Lichtenstein (https://www.datenschutzstelle.li/application/files/7516/0379/5281/DSFA_Schwellwertanalyse_v1.0.xlsx).

7. Katholisches Datenschutzrecht

Eine kompakte Sammlung und Darstellung des katholischen Datenschutzrechts findet sich unter https://www.dbk-shop.de/media/files_public/78d4091466ff0e17a02c2980a9d9261/DBK_5320.pdf.

8. Kommentierungen von Art 91 DSGVO – Öffnungsklausel für Religionsgemeinschaften

Ein Überblick darüber, ob und wo es schon herrschende Meinungen zur Öffnungsklausel für Religionsgemeinschaften gibt findet sich im folgenden Blog: <https://artikel91.eu/2021/04/07/dsgvo-kommentare-ohne-ende-ein-blick-auf-9x91/>

9. Datenschutzpanne: Corona-Testergebnisse mit persönlichen Daten sichtbar

Der Chaos Computer Club berichtet über eine Datenschutzpanne. Mit der Anwendung Safeplay hat das Wiener Unternehmen medicus.ai 136.000 Corona-Testergebnisse von mehr als 80.000 Betroffenen für alle Interessierte zugänglich gemacht (<https://www.ccc.de/de/updates/2021/corona-testergebnisse>).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. DSGVO-Schadensersatz-Klagen dürfen nicht mit Verweis auf Bagatellschaden zurückgewiesen werden

Das BVerfG hat es Gerichten mit Beschluss vom 14.01.2021, Az.: 1 BvR 2853/19 erschwert, Schadensersatzklagen nach Art. 82 DSGVO mit der Begründung zurückzuweisen, es liege lediglich ein Bagatellschaden vor.

2. Wann Rufbereitschaft Arbeitszeit ist

Der EuGH hat in den Sachen C-344/19 und C-580/19 vom 09.03.2021 festgestellt, dass eine Bereitschaftszeit in Form von Rufbereitschaft nur dann in vollem Umfang Arbeitszeit darstellt, wenn die Einschränkungen, die Arbeitnehmern auferlegt werden, seine Möglichkeit, während dieser Zeit seine Freizeit zu gestalten, ganz erheblich beeinträchtigen.

3. Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Der EuGH hat mit Urteil vom 02.03.2021, Az.: C-746/18 erneut einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung eine Absage erteilt.

4. Framing (auf Webseiten) kann Urheberrechtsverstoß sein

Mit Urteil vom 09.03.2021, Az.: C-392/19VG hat der EuGH in der Sache Bild-Kunst/Stiftung Preußischer Kulturbesitz geurteilt: „Hat der Urheberrechtsinhaber beschränkende Maßnahmen gegen Framing getroffen oder veranlasst, stellt die Einbettung eines Werks in eine Website eines Dritten im Wege dieser Technik eine Zugänglichmachung dieses Werks für ein neues Publikum dar.“

5. Keine Aussetzung der Partnerschaft zwischen dem Gesundheitsministerium und Doctolib

Der Französische Staatsrat (Conseil d'Etat, Urteil vom 12.3.2021, Az.: 450163) hat die Zulässigkeit des Datentransfers zwischen dem Gesundheitsministerium und dem ärztlichen Terminverwaltungsdienstleister Doctolib unter Inanspruchnahme eines amerikanischen Hostingunternehmens als „nicht offensichtlich unzureichend“ und damit positiv qualifiziert.

6. Unzulässige Rechtsausübung

Das BVerwG lässt mit Urteil vom 24.11.2020, Az.: 10 C 12.19 auch für Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung gelten. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn positiv festgestellt wird, dass es dem Antragsteller in Wirklichkeit nicht um die begehrte Information geht.

7. Beweislast bei datenschutzrechtlichen Schadensersatzansprüchen

Das OLG Stuttgart hat mit Urteil vom 31.03.2021, Az.: 9 U34/21 die allgemeinen zivilrechtlichen Beweislastregeln (wer eine Behauptung aufstellt oder Forderung geltend macht, muss dafür Beweisangebote anbieten) bekräftigt und Gedanken an eine Beweislastumkehr eine Absage erteilt. Jedoch hat es die Revision zum BGH zugelassen.

8. Provider-Prüfungspflicht bei konkreter Beanstandung einer Bewertung auf Ärzteportal

„Die Bewertung eines Anbieters (hier: eines Arztes) auf einer Plattform, in der die Bewertungskriterien nicht aufgeschlüsselt werden, wird von dem angesprochenen Nutzerkreis als Gesamtbeurteilung verstanden, in die grundsätzlich beliebige Kriterien einfließen können. Der angesprochene Nutzerkreis erwartet aber, dass eines dieser Kriterien immer die fachliche (hier: ärztliche) Leistung ist, wenn sich nicht aus den weiteren Umständen – etwa aus einem Kommentar – etwas anderes ergibt“, so das OLG Karlsruhe mit Beschluss vom 06.07.2020, Az.: 6 W 49/19.

9. Corona-Videoaufsicht bei elektronischen Hochschulprüfungen zulässig

Das OVG Schleswig hat in einer Entscheidung vom 04.03.2021, Az. 3 MR 7/21 die Zulässigkeit einer Videoaufsicht im Rahmen einer in elektronischer Form abzulegender Prüfung bestätigt.

10. Rechtsgrundlage bei Fotoveröffentlichung auf Facebook Fanpage notwendig

Das OVG Lüneburg hat mit Beschluss vom 19.01.2021, Az.: 11 LA 16/20 eine legitimierende Rechtsgrundlage (Einwilligung bzw. risikoreiche Interessenabwägung) bei Fotoveröffentlichungen angemahnt, wenn Personen erkennbar sind.

11. 300 € Schmerzensgeld für ehemaligen Arbeitnehmer wegen verfügbaren Internet-Profil

Das LAG Köln hat mit Urteil vom 14.9.2020, Az.: 2 Sa 358/20 einen Arbeitgeber wegen Persönlichkeitsrechtsverstoß zu einem Schmerzensgeld in Höhe von 300 € verurteilt, weil dieser bei der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses das Profil eines ehemaligen Arbeitnehmers weiterhin im Internet abrufbar hielt.

12. Ohne Schaden kein Schadensersatz

Das LAG Stuttgart hat mit Urteil vom 25.02.2021, Az.: 17 Sa 37/20 einen Schadensersatzanspruch auf Grund fehlenden Schadens zurückgewiesen. Eine bloße Verletzungshandlung (hier: unerlaubter Datentransfer in die USA) genügt nicht.

13. Videokonferenzausstattung für Betriebsrat

Das LAG Berlin-Brandenburg hat mit Urteil vom 14.04.2021, Az.: 15 TaBVGa 401/21 einen Arbeitgeber zur Ausstattung eines Betriebsrats zur Durchführung von Sitzungen und Beratungen in Form von Videokonferenzen verurteilt.

14. 440.000 € Bußgeld für Krankenhaus in Holland

Fehlerhafte Zugriffsrechte haben in den Niederlanden für ein Krankenhaus zu einem Bußgeld in Höhe von 440.000 € geführt (https://edpb.europa.eu/news/national-news/2021/dutch-dpa-fines-olvg-hospital-inadequate-protection-medical-records_de).

15. Pflicht zur Negativauskunft

Ein geltend gemachter Auskunftsanspruch muss die verantwortliche Stelle im Rahmen einer Negativauskunft beantworten auch und wenn keinerlei Daten vorhanden sind, so das AG Lehrte mit Beschluss vom 03.02.2021, Az.: 9 C 139/20

16. Fehlender Datenlöschung bei Weiterkauf von Altgeräten durch IT-Firma: Schadenersatz

Das AG Hildesheim hat mit Urteil von 05.10.2020, Az.: 43 C 145/19 eine Computer-Firma zu 800 € Schadensersatz verurteilt, weil diese auf verkauften Altgeräten die dort gespeicherten Daten vorheriger User nicht gelöscht hatte.

D. Sonstiges

1. Die Grenzen des Datenschutzes und der Datenschutzerfordernungen

Mein sehr geschätzter Kollege Rechtsanwalt David Heimbürger hat einen instruktiven Artikel veröffentlicht mit dem Tenor: „DSGVO-Pflichten sind eine unfaire Belastung für KMU und Vereine, solange es keine DSGVO-Zertifikate gibt.“ (https://www.davidheimburger.de/wp-content/uploads/2021/04/prev_2021-02_heimburger_dsgvo-unfair-kmu.pdf).

2. Videosprechstunde

Am 20.03.2021 wurde die KBV-Richtlinie für die Videosprechstunde (§ 365 SGB V) aktualisiert (<https://www.kbv.de/html/videosprechstunde.php>). Die Nutzung eines zertifizierten Videodienstes (https://www.kbv.de/media/sp/Liste_zertifizierte-Videodienstanbieter.pdf) ist der KBV anzuzeigen (https://www.kbv.de/media/sp/Anzeige_Videosprechstunde-KV.pdf).

3. Zoom Checkliste Datenschutz

Der Videokonferenzdiensteanbieter Zoom hat eine Checkliste für datenschutzfreundliche Einstellungen seines Dienstes veröffentlicht. Datenschutzrechtliche Fragestellungen sollten damit ausgeleuchtet werden (<https://zoom.us/docs/doc/Zoom-Kommentar-DSK-Checkliste.pdf>).

4. Mindeststandards für Videokonferenzdienste

Das BSI hat ein Papier zu den Mindeststandards von Videokonferenzsystemen veröffentlicht (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Mindeststandards/CommunityDraft_Mindeststandard_Videokonferenzdienste.pdf?__blob=publicationFile&v=4). Interessant unter anderem die Forderung nach einer Sicherheitsrichtlinie und einem Notfall- und Kontinuitätsmanagement.

5. Wie Tracking in Apps die Sicherheit und den Datenschutz unnötig gefährdet

Gefährdung der Sicherheit und des Datenschutzes durch Tracking in Apps? Lesen Sie: <https://www.ku-ketz-blog.de/wie-tracking-in-apps-die-sicherheit-und-den-datenschutz-unnoetig-gefaehrdet/>

6. (In-)transparente Datenschutzerklärungen und digitale Mündigkeit Arbeitspapier“

Die Gesellschaft für Informatik (GI) hat ein Arbeitspapier „Mündiger Umgang mit Datenschutzerklärungen“ veröffentlicht (https://gi.de/fileadmin/PR/Digitalautonomy/PDF/DAH_Arbeitspapier_Datenschutzerklaerungen.pdf).

7. Plädoyer für ein medizinisches Forschungsgesetz

Das Netzwerk Datenschutzexpertise hat ein Plädoyer für ein medizinisches Forschungsgesetz veröffentlicht (https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/sites/default/files/gut_2021_02_medforschungdatens_final.pdf).

8. Weißbuch „Verantwortungsvoller Umgang mit digitalen Daten“

Der BfDI hat das Weißbuch „Verantwortungsvoller Umgang mit digitalen Daten“ – unter anderem mit 24 Seiten zum Thema Gesundheitsweisen – veröffentlicht (https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748924111.pdf?download_full_pdf=1).

9. Staatliche Identifizierung mit Fingerabdrücken und biometrischen Lichtbildern

Das Netzwerk Datenschutzexpertise hat ein Gutachten zur Aufnahme von Fingerabdrücken in Personalausweisen veröffentlicht (https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/sites/default/files/gut_2021biometrischeidentifizierung.pdf).

10. Cybercrime in Zeiten der Corona-Pandemie

Unter https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/Cybercrime/cybercrime_node.html bietet das BKA einen Lagebericht zu Cybercrime in Zeiten der Corona-Pandemie an.

11. Freiheit digital - Die Zehn Gebote in Zeiten des digitalen Wandels

Die EKD hat eine Denkschrift zur Digitalität veröffentlicht: »Freiheit digital – Die Zehn Gebote in Zeiten des digitalen Wandels« (<https://www.ekd-digital.de/dokumente/denkschrift-freiheit-digital.pdf>).

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.